

Kommentar zu Christoph Chorherr's
"Ökologie und Wirtschaftswachstum":

Christoph Chorherr kreiert „grünen“ Öko-Kapitalismus

— eine Gegenstellungnahme aus
sozial-ökologischer Sicht¹

Einleitung

Der Wiener Stadtrat und Energie-, Stadtplanungs- und Verkehrssprecher der grün-alternativen Rathausfraktion Christoph Chorherr, Magister der Betriebswirtschaft, hat sich kürzlich in einer „Streitschrift“ mit dem Titel „Ökologie und Wirtschaftswachstum“ als Vordenker „grüner Wirtschaftspolitik“ präsentiert². Im folgenden sollen die Hauptgedanken vorgestellt und anschließend einer kritischen Analyse aus sozial-ökologischer Sicht unterzogen werden.

Chorherr's Hauptgedanken

Zu Beginn stellt Christoph Chorherr (CC) zwei Fragen. Die erste lautet: „Was heißt 'nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung'?“

Seine Antwort, „kurz formuliert“, lautet: „Minus 80% Emissionen, viel weniger Autos und Autoverkehr.“

Die zweite Frage ist „die Frage nach dem von uns erwünschten Wirtschaftssystem. — Genauigkeit ist dafür erforderlich.“

In der Überleitung von der ersten zur zweiten Frage nimmt er — in Bejahung des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystems — die Antwort vorweg: „Und das alles [nämlich: 'Minus 80%...'; Anm.] soll mit einem Wirtschaftssystem funktionieren, dessen einziges Ziel Wirtschaftswachstum ist? Ich meine JA. Das führt mich zu Frage 2): Tatsache ist, wir leben im Kapitalismus. Spätestens nach 1989 gibt es kein großes existierendes Wirtschaftssystem auf der Welt mehr, welches nicht irgendeine Spielart des Kapitalismus darstellt. Unsere historische Frage lautet schlicht und einfach: Läßt sich das historische Projekt einer Umgestaltung der Wirtschaft hin zur Nachhaltigkeit in und mit einem Kapitalismus umsetzen, dessen einziges Ziel nicht ökologisch notwendige Begrenzung, sondern Profit und Wachstum — also Entgrenzung — darstellt?“³

Die „historische Frage“, ob der Kapitalismus „das von den Grünen erwünschte Wirtschaftssy-

stem“ zur Ökologisierung der Wirtschaft sein könne, beantwortet Christoph Chorherr ohne Wenn und Aber mit einem vorbehaltlosen JA. Um diese These aufrechtzuerhalten, benötigt er die Hilfhypothese der Wertfreiheit des kapitalistischen Systems: „Der Kapitalismus ist nicht wesentlich ökologisch destruktiv, genausowenig, wie er aus sich heraus ökologisch sanierend ist. Er ist eins vor allem: EXPANSIV.“

Mehr noch: Er ist nach Meinung CC's „nicht wesentlich inhuman.“

Diese Hilfhypothese eines angeblich wertfreien Charakters des kapitalistischen Wirtschaftssystems nennt CC: „inhaltlich qualitätslos“, und unterstellt dem Kapitalismus folgende — neutral anmutende — Logik: „Es ist nach seiner [des 'Kapitalismus'; Anm.] Logik völlig gleichgültig, ob das Kapital in Atomsprengköpfe oder in Solaranlagen gesteckt wird. Wo die höhere Verzinsung, der höhere Profit wirkt, dorthin richtet sich seine historisch unvergleichbare Dynamik.“

CC bezeichnet es als die „zentrale Aufgabe grüner Politik“, dieser Dynamik und angeblich „richtungslosen Expansion“ des Kapitalismus eine Richtung zu geben und „in den Dienst der Nachhaltigkeit zu stellen“. Wie möchte er dies erreicht haben? Ganz einfach: „Der Schlüsselbegriff dazu ist gar nicht revolutionär und muß auch nicht erfunden werden, er ist durchaus systemimmanent: Er lautet Rationalisierung bzw. Produktivitätssteigerung.“

Diese Argumentationskette gipfelt in der von ihm fettgedruckten (Negativ-) Definition von „Fortschritt“: „All das heißt eben nicht Bescheidenheit, Verzicht, Abkehr vom Kapitalismus und Wachstum, und schon gar kein Abschied vom technischen Fortschritt.“

„Grüne Politik machen“ heißt „zu gewährleisten, [...] eine selektive Expansion jener Technologien, Produktionsverfahren, Güter oder Dienstleistungen, die zusätzliche Werte bei deutlich reduzierter Umweltnutzung zur Verfügung stellen [...] — in einem ökologisch gebändigten, einem selektiven technischen Fortschritt verbundenen Kapitalismus.“

Eine kritische Analyse dieser Position zieht eine Reihe von Einwänden nach sich.⁴

1. Chorherr's Neupositionierung grüner Wirtschaftspolitik steht in diametralem Gegensatz zu ursprünglichen grünen Prinzipien — ein Exkurs zu den Wurzeln

Chorherr's Öko-Kapitalismus, der auf beständiges Wachstum (Expansion) gegründet ist, steht im

krassen Widerspruch zu allen bisher bekannten grünen Positionen. Es kann als eine der wesentlichen Einsichten der Umweltschutzbewegung betrachtet werden, daß es das quantitative Wirtschaftswachstum dauerhaft nicht gibt, auf das der Kapitalismus bzw. die derzeitige Wirtschaftspolitik abzielt. Für den Biochemiker, Umweltexperten und Buchautor Frederic Vester ist es eine „irreale Denkschablone“. Eine konstante Wachstumsrate bedeutet exponentielles oder geometrisches Wachstum mit gleichbleibenden Verdopplungszeiten. In der Natur können daher gleichmäßige Wachstumsraten nur begrenzt bzw. von kurzer Dauer sein. Pathologische Ausnahmen wie Krebszellen führen mit ihrem unkontrollierten Wachstum zum Tod des ganzen Organismus.

„Bäume wachsen nicht in den Himmel.“ Der alternative Ökonom Ernst Friedrich Schumacher, Autor des bekannten Buches „Small is beautiful“, meinte dazu 1974 treffend: „Wichtig ist doch, daß das Gute zunimmt und das Schlechte abnimmt. Was dabei herauskommt, wenn man die Zahlen zusammenzählt, das dürfte doch keinen vernünftigen Menschen interessieren!“⁵

Gänzlich ungeschminkt war im 64seitigen Bundesprogramm der deutschen Grünen von 1980 der Status quo unseres Wirtschaftssystems analysiert worden: „Was die Industriegesellschaft 'Wachstum' nennt, beruht in Wirklichkeit auf einem weltweiten Verdrängungswettbewerb der Starken gegen die Schwachen, der schließlich mit dem Untergang aller enden muß. Die Beherrschung des Weltmarktes durch die Großkonzerne führt zu einer zunehmenden Verarmung der Länder der 'Dritten Welt' und muß letztendlich in einem Zusammenbruch der heutigen Weltwirtschaftsordnung enden.“ (Seite 20)

Ob die grün-alternativen Spitzenpolitiker/innen diese Definition und die schlußfolgernde Prognose von 1980 vergessen haben? Die auffällige Nichterwähnung der Schlüsselrolle der Großkonzerne im Prozeß der Globalisierung der Märkte in den jüngeren grün-alternativen Schriften und Papieren (einschließlich in dem umfangreichen Werk „Das grüne Projekt“ von Madeleine Petrovic, siehe unten) gibt zu den ärgsten Bedenken Anlaß.

Inzwischen — nach mehr als einem Jahrzehnt, nämlich dem „für Schwarzafrika verlorenen“ (Gerald Braun) — hat sich die Lage dramatisch verschlechtert (siehe Punkt 3).

Der grüne Wirtschaftswissenschaftler Joachim Müller, ehemaliges Mitglied des deutschen Bundestages, legte bei einem Gespräch mit Charlene Spretnak im November 1984 besonderen Wert

auf dieses Argument: „Die Wachstumskritik der Grünen basiert einfach auf der Tatsache, daß bis jetzt jedes Wachstum neue Umweltzerstörungen mit sich gebracht hat. Diese Verbindung ist einfach richtig. Und das ist unser Ausgangspunkt. Wir sagen nicht, daß jede Form von Wachstum verwerflich ist. Wir lehnen sie nur ab, solange diese funktionelle Verbindung existiert.“⁶

Noch im Jahre 1994 sprach Madeleine Petrovic vom „fetischhaften Ziel eines gesamtwirtschaftlichen Wachstums“⁷ und stellte vorweg folgendes Mißverständnis klar: „Eine radikale Kritik am Indikator Wirtschaftswachstum heißt nicht gleichzeitig, daß ein Nullwachstum oder Schrumpfen des Bruttosozialprodukts angestrebt oder auf wirtschaftlichen Fortschritt verzichtet werden muß. Das sei jenen ins Stammbuch geschrieben, die grüne Wirtschaftspolitik gerne mit einem Rückzug ins Steinzeitalter gleichsetzen. Diese Kritik geht daneben. Es geht vielmehr darum, qualitativ andere Erfolgsindikatoren für ein gesellschaftlich und ökologisch eingebundenes Wirtschaften zu finden.“ (207).

Dies sei hiermit also auch Christoph Chorgherr ins Stammbuch geschrieben. Wenn dieser nun schreibt: „All das heißt eben nicht Bescheidenheit, Verzicht, Abkehr von Kapitalismus und Wachstum [...]“; dann könnte dagegen ebenso gut auch mit dem Bundesprogramm 1980 der deutschen Grünen gekontert werden: „Wir sind für ein Wirtschaftssystem, das sich an den Lebensbedürfnissen der Menschen und zukünftigen Generationen, an der Erhaltung der Natur und am sparsamen Umgang mit den natürlichen Reichtümern orientiert. [...] Eine ökologisch fundierte Wirtschaft bedeutet keinen Verzicht auf Lebensqualität, sondern, daß sich die Menschen für Produkte einsetzen, die ihren Bedürfnissen entsprechen und mit der natürlichen Umwelt verträglich sind.“ (Seite 7)

Man beachte die Akzentverschiebung: Damals meinte man, bei einfacherem Lebensstil bzw. Verzicht auf quantitatives Wachstum um jeden Preis nicht auf Lebensqualität⁸ verzichten zu brauchen. CC möchte auf BIP-Wachstum nicht verzichten. Von Lebensqualität oder sozialen Werten spricht er nicht.

Das 39seitige Wirtschaftsprogramm der deutschen Grünen von 1983 enthielt nicht nur spezifische Vorschläge für ökologische, soziale und wirtschaftliche Maßnahmen, sondern auch Ansätze zu ihrer Finanzierung. Auf lange Sicht setzten sich die damaligen grünen Parteigründer/innen für eine sozial gerechte, überschaubare, an ökologischen Kriterien orientierte, demokratische und

dezentrale Steuerpolitik ein. Der deutsch-grüne EU-Politiker Frieder O. Wolf nannte 1993 — im Widerspruch zu Christoph Chroherr heute — die „Selbstbeschränkung“ als eines der ökologischen Umbauprinzipien.⁹

Von Anfang an war die grüne Bewegung in ihrem Wirtschaftsverständnis nichtkapitalistisch orientiert. Von einem der Gründungsväter der Grünen in Deutschland, dem ehemaligen CDU-Bundestags-Abgeordneten Herbert Gruhl und Autor des Buches: „*Ein Planet wird geplündert*“, stammt der Slogan: „*Wir sind weder links noch rechts; wir sind vorne*“.

Am 6. November 1979 wurden in der DDR anlässlich einer Generalamnestie 20.000 Häftlinge entlassen. Unter ihnen war Rudolf Bahro, der früher eine wichtige Rolle in der SED gespielt, dann aber eine post-marxistische Theorie entwickelt hatte und wegen seines Buches „*Die Alternativen*“ (EVA 1977) inhaftiert worden war. Er war einer der interessantesten Vordenker der Grünen. Die US-Amerikanerin Spretnak, Verfasserin einer Studie über die Grünen (1984), schrieb damals: „*In Bahro verbinden sich Intelligenz, Originalität und Unschuld zu einer faszinierenden Mischung.*“¹⁰

Schon ein paar Wochen nach seiner Freilassung hielt er auf der Versammlung der Grünen in Offenbach eine Rede zu Kernfragen grüner Politik, wo er verkündete: „*In unserer Zivilisation war Christus unbestreitbar der erste Lehrer unserer Ziele, der erste Lehrer der allgemeinen menschlichen Emanzipation.*“

Von dem, der Dinge gelehrt hat wie: „*Tut niemand Gewalt und erpreßt niemanden.*“, „*Glücklich die Barmherzigen, denn ihnen wird Barmherzigkeit widerfahren.*“ und „*Niemand kann Gott dienen und dem Mammon*“¹¹ ist kein Funken Kapitalismus und Profitgier ableitbar, sondern Prinzipien der Gerechtigkeit, Verantwortung und Barmherzigkeit. — Der Kapitalismus hingegen kennt keine Gnade für sozial Schwächere; er will keine Mechanismen zum Schutz kleiner, ökonomisch schwacher Handelspartner.¹²

Im November 1979 ging es bei den deutschen Grünpartei-Gründer/innen um die *fünf Grundsätze*: *ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei und dezentral*. Die Mehrheit der Anwesenden vertrat damals die Auffassung, die neue Partei solle *Positionen jenseits des sozialistischen wie auch des kapitalistischen Status quo* vertreten.¹³

Madeleine Petrovic stellte 1994 fest: „*Mit ökologischer Politik ist es möglich und notwendig, typisch liberale, konservative oder sozialistische*

Themen neu aufzurollen, ihre jeweils relativen Wahrheiten und Utopien anzuerkennen und auf einer komplexen Ebene zusammenzuführen.“¹⁴

Sie zitiert aus der *Präambel des Grünen Programms* von 1990, in dem die *Etablierung einer neuen, quasi-religiösen Ordnung* als eigentliche „*Leistung*“ des Kapitalismus bezeichnet wird, nämlich „*der Ordnung der ökonomischen Rationalität als Ersatz für Politik, Philosophie, Ästhetik, Moral und Religion. Das Berechnen, das Quantifizieren garantiert den Sinn jeder Tätigkeit. Die Zahl wird zur Objektivität schlechthin. [...] Der Sieg dieser Logik war eine Kulturrevolution. Der Widerstand gegen sie kann daher wiederum nur ein kultureller Entwurf sein, in dem auch alle nicht kalkulierbaren Wirklichkeiten des Lebens konstituierende Elemente sind. [...] Grüne Politik ist kultureller Widerstand, der auf allen Ebenen der Gesellschaft geleistet werden muß.*“¹⁵

Christoph Chroherr 1995: „*Bekämpfe nicht das System, nutze es intelligent: If you cant beat them join them!*“

Der Widerstand gegen den „*qualitätslosen*“ Kapitalismus, der „*keine inhumanen*“ Wachstumsziele aufweist, kann also laut CC eingestellt werden: Dieser braucht bloß zum Zweck eines „*selektiven technischen Fortschritts ökologisch gebündigt*“ werden.

Nur: „*Grüne*“ Wirtschaftspolitik im ursprünglichen Sinn kann man diese Weltanschauung auf richtigerweise nicht nennen.

2. Chroherrs Zirkelschlußbeantwortung einer Wir-Frage: „*Der Kapitalismus macht's möglich!*“

Was führt CC zu seiner These? Er möchte, daß „*wir zwei Fragen beantworten*“ (siehe oben). Die zweite Frage, „*nach dem von uns erwünschten Wirtschaftssystem*“, entpuppt sich als eine rein rhetorische Frage. Denn er läßt sie *sofort* in eine weitere Frage münden, die lautet: „*Unsere historische Frage lautet schlicht und einfach: Laßt sich [...] die] Umgestaltung der Wirtschaft hin zur Nachhaltigkeit in und mit dem Kapitalismus umsetzen [...]?*“¹⁶

Eine einschränkende Fragestellung also, in der die angebotene bereits vorformuliert ist. Seine Antwort ist JA.

Die Zirkenschlüssigkeit ist offensichtlich. CC „*beweist*“ im Anschluß, was er vorausgesetzt hat: „*Der Kapitalismus*“ ist „*das von uns erwünschte Wirtschaftssystem*“ zur Ökologisierung.

WARUM ist der Kapitalismus „*das von uns er-*

wünschte Wirtschaftssystem“? CC wörtlich: „*Ja zum Kapitalismus bringt politischen Erfolg!*“¹⁷

Das ist eine klare Sprache!

Weltanschauung ist in der Politik oft (und auch sonst meist) nicht ein Produkt redlichen Denkens aufgrund objektiver Tatsachen, sondern eine Sache des Willens und eine Folge persönlicher Erfahrungen und Voreingenommenheit, etwa so: „Ich WILL den Kapitalismus herüberretten, also glaube ich an ihn und finde genügend Argumente, die dafür sprechen. Gegenargumente werden ausgeblendet oder — wenn es nicht anders geht — marginalisiert oder kompromittiert.“

Dasselbe könnte natürlich auch für den Marxismus oder für irgendeine andere Weltanschauung gelten. Damit ist zwar noch nichts über Irrtum oder Richtigkeit einer bestimmten Weltanschauung gesagt. Aber diese ideologische Vorfixiertheit erschwert die sachliche, ausgewogene Behandlung eines Themas und den Zugang zu einem respektvollen, emotionsfreien Dialog bisweilen ungemein. Chorherrns schwerwiegendste Ausblendung betrifft die soziale Problematik:

3. Chorherr verschweigt den asozialen Charakter des neuen Weltwirtschaftssystems

Christoph Chorherrns These nimmt einzig und allein auf die durch Umweltverschmutzung verursachten Probleme des Kapitalismus Bezug, und selbst da nennt er letztlich nur ein einziges konkretes Problemfeld: Ressourcenverbrauch und daraus resultierende Emissionen und Abfall. Er faßt zusammen: „*Was uns ökologisch bedroht, sind nicht monetäre WERTE, sondern PHYSISCHE, STOFFLICHE Größen: Emissionen, Vergiftungen, Autos, Kernkraftwerke etc.*“¹⁸

Das viel größere Problem des Kapitalismus, die soziale Ungerechtigkeit, wird völlig ausgeblendet. Erst am Schluß, gerade noch vor seiner Klartext-Zusammenfassung („*Um es klar zu sagen...*“), erwähnt der Autor kurz die Sozialpolitik: „*Und noch eins: Gerade unsere Sozialpolitik verlangt umfangreiche MONETÄRE Leistungen, und als berechtigtes Ziel eine Grundsicherung für alle. Schon national scheint mir eine Umverteilung ökonomisch unmöglich und politisch undurchsetzbar, die bloß über Umverteilung und ohne Wirtschaftswachstum diese Grundsicherung finanziert. Wie ernst soll weltweit eine einigermaßen humane Existenzbasis ohne eine Zunahme wirtschaftlicher Leistungen (vulgo Wirtschaftswachstum) erzielt werden?*“

Dieser Kurzbezug auf die Sozialpolitik ist proble-

matisch: Verschwiegen wird, daß das Streben des „*Kapitalismus und seiner Akteure*“ nicht nur auf Kosten der Luftverschmutzung etc. geht, sondern — was viel schwerer wiegt — mehr oder weniger auf Kosten der Lohnabhängigen, aber auch der Kleinst- und Kleinunternehmen vor allem des gewerblichen und landwirtschaftlichen Sektors, die sich mit einem „Profit“ (Unternehmereinkommen) zufriedengeben müssen (oder wollen), der oft nur im Rahmen eines durchschnittlichen Lohnabhängigen liegt. Damit zerstört der Kapitalismus rücksichtslos auch das Kleingewerbe und die Nahversorgung. Das würde aber sowohl für einen „ökologisch gebändigten“ als auch für einen ökologisch schädlichen Kapitalismus gleichermaßen gelten. Der sozial gesehen inhumane Charakter der Transnationalen Konzerne (TNK's, „Multis“) ändert sich nicht durch Ökologisierungen wie die Montage effizienterer Luftfilter an den Schornsteinen der Fabriken!

Verschwiegen wird infolge dessen, daß dieser *wesentlich inhumane* Charakter des Kapitalismus (den CC definitiv bestreitet) gerade die sozialen Probleme hervorruft, zu deren Sanierung CC die „*monetären Leistungen*“ des Wirtschaftswachstums erbracht haben will. Oder umgekehrt formuliert: Ein Abgehen von der kapitalistischen Wirtschaftsweise würde die Kosten der Sozialpolitik erheblich vermindern, die für die Opfer des zwanghaften, permanenten Wirtschaftswachstums anfallen, und zwar weitgehend *unabhängig von Art und Gegenstand der Produktion*. Also könnte CC's Forderung nach permanentem Wirtschaftswachstum flachfallen, ohne das seines Erachtens die soziale „Grundsicherung“ nicht zu finanzieren ist. — Ein Circulus vitiosus wäre durchbrochen.

Demgegenüber baut sich gerade durch die zunehmende Globalisierung der Märkte und die aggressiver werdende Freihandelsdoktrin ein wachsender sozialer Problemkomplex auf (insbesondere dessen Nichtfinanzierbarkeit bzw. der Sozialabbau), den wir nicht hätten, wenn wir uns ernsthaft *alternativen Wirtschaftsmodellen* zuwenden würden, die mit ursprünglichen grünen Prinzipien übereinstimmen.

Dazu ein Beispiel, das Chorherr selbst zur Sprache bringt. In der genannten AKIN (30/1995, Seite 7) wurde er aus einem STANDARD-Artikel vom 23. Oktober 1995 unter dem Titel „*Jetzt sollen Hollabrunn und Mistelbach wachsen*“ zitiert: „*[...] Wir brauchen das ökonomische Wachstum, um uns die Ökologie leisten zu können.*“ [...] *Gleiches gelte für den Boom der biologischen Landwirtschaft: 'Auf einmal haben sich diese Betriebe*

versechsfacht — weil beinharte Kapitalisten wie Billa damit ein Bombengeschäft machen.“

Gerade dieses Beispiel beweist eher das Gegenteil. Hätte CC am 30. Oktober 1995 bei einer Veranstaltung der Bezirks-Grünen in der Brigittenau zugehört, dann hätte er die Kehrseite der Medaille kennengelernt. Ein grün-alternativer Bio-Bauer aus Oberösterreich referierte zum Thema „So natürlich wie möglich“ und beklagte den Preisdruck, den Billa durch seine Art der Vermarktung von Bio-Produkten auf die anderen Bio-Bauern und Bio-Läden ausübt, sodaß diese zunehmend in massive Schwierigkeiten geraten. Wenn sie in letzter Konsequenz nicht mehr mitziehen können und eingehen, weil ihre Bio-Produkte bei Billa nebenan kostengünstiger zu erwerben sind oder der Preisdruck nicht zu verkraften ist, gehen wertvolle Arbeitsplätze verloren: Der selbstständige Gewerbstätige könnte dann zwar (nach seinem Konkurs) nebenan zu Billa als Verkäufer arbeiten gehen — aber nicht mehr als selbständiger Kleingewerbetreibender oder Familienbetrieb, sondern zu den bekannt miserablen Wlaschek-Arbeitsbedingungen.

Was die Integrationisten und Verfechter der Großwirtschaft immer wieder geflissentlich übergehen, ist der Unterschied zwischen Arbeitsplatz und Arbeitsplatz. Wenn ein Großkonzern, z.B. der Nahrungsmittelverarbeitung, mit Pachtgrund- und Steuergeschenken „aus Bundeskanzlers Hand“ unter der Bedingung soundsoviel tausender Arbeitsplätze nach Österreich eingeladen wird (dann aber womöglich nur einen Teil ausbaut), dann sollte vorerst einmal Marktforschung darüber betrieben werden, wieviele hunderte oder tausende Kleinarbeitsplätze im Umfeld des Marktes auf lange Sicht dadurch verlorengehen. Wenn dann der Konzern eines Tages wieder Adé sagt und in ein Billiglohnland auslagert (falls er nicht vorher bei der jeweiligen Stadtgemeinde oder Regierung noch bessere Konditionen für eine in Aussicht gestellte Erweiterungsinvestition erpreßt hat), erfolgt mit einem Schlag eine enorme Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung. — Umfassende, aufrichtige Nachkalkulationen unter gegenseitiger Aufrechnung aller monetären Zugeständnisse der öffentlichen Hand, Spesen wie etwa Aufschließungskosten, Steuerprofite etc. einschließlich Umwegrentabilität, aber auch der Kostenwahrheit sowie anderwärtig durch den Verdrängungswettbewerb verlorengegangener Arbeitsplätze einheimischer Firmen (und des dadurch erfolgten Steuerentgangs für die öffentliche Hand) nach Abwanderung eines Konzerns wären erforderlich zur Bewertung zukünftiger, mit nennenswerten Steuer-geldbeträgen geförderter Großbetriebsansied-

lungen. (Transferierte Fluchtgelder sowie Schmiergeldzahlungen könnten dabei wohl kaum quantifiziert werden.)¹⁹ Alternativmodelle zur Förderung sozial und ökologisch wertvoller Arbeitsplätze bzw. Kleinbetriebe wären vor der Genehmigungsentscheidung für eine Großbetriebsansiedelung zu erarbeiten.

Prinzipiell ähnliche Überlegungen sollten für die Vergabe von Standortgenehmigungen für marktbeherrschende Handelsriesen und für die Anlage von Einkaufszentren gelten, die dezentralisierte Kaufkraft und Arbeitsplätze abziehen und auf sich vereinigen.

Daran zeigt sich, daß es echter ökosozialer Marktregelungsmechanismen²⁰ bedarf, um den *systemimmanent inhumanen* Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsweise bzw. der liberalisierten Marktwirtschaft gezielt zu paralisieren!

Verschwiegen wird weiters, daß diese „Zunahme wirtschaftlicher Leistungen (vulgo Wirtschaftswachstum)“, wie Chorgherr sie für die Finanzierung sozialer Leistungen als unverzichtbar fordert, in nennenswertem Umfang von immer weniger und gleichzeitig immer mächtiger werdenden Transnationalen Konzernen (TNK) erwirtschaftet wird. Das ist aber die logische Konsequenz der von Chorgherr geforderten bzw. gutgeheißenen Expansion.

Gerade deren Expansion — durch Verdrängungswettbewerb, auf Kosten kleinerer Unternehmen (siehe oben) — bewirkt immer weniger Wirtschaftswachstum jener Art, die sich in Form eines erhöhten Budgets im Staatshaushalt niederschlägt, um Öko-Förderungen und Sozialleistungen finanzieren zu können, gegenüber jenem Steueraufkommen, das durch Klein- und Mittelbetriebe erwirtschaftet wird, die ihre „Profite“ nicht einfach, wie die TNK's, dem Zugriff der nationalen Finanzbehörde durch Verschieben an unbekannte Adressen entziehen können.

Dazu ist es nötig, sich zu realisieren, um welche Größenordnungen es hier geht. Es wäre zwar schlimm genug, aber noch nicht das schlimmste, wenn die TNK's „bloß“ die nationalen Unternehmen verdrängen würden. Denn das Steuereinkommen des jeweiligen Staates könnte dabei in Summe gleich bleiben. Nun ist es aber so, daß große Mischkonzerne einen Großteil des Handels unter ihren eigenen Tochtergesellschaften, die nicht miteinander konkurrieren, zu minimalen Preisen (weit unter Weltmarktniveau) abwickeln. Dadurch entgehen den Staaten Steueraufkommen unvorstellbaren Ausmaßes! Dieser sogenannte *Intra-Handel beträgt bereits ca. ein Drittel des ge-*

samten Welthandels.

Das „Auffressen“ von Klein-, Mittel- und sogar Großunternehmen durch TNK's bewirkt einen Abbau an Arbeitskräften und dadurch einen weiteren Steuerverlust des Staatshaushalts, insbesondere dadurch, daß sie die Produktion aus kostenintensiven Industrieländern in sogenannte Billiglohn-Länder auslagern und in Entwicklungsländern unter dem „unerschöpflichen Arbeitskräftereservoir“ künstliche Enklaven schaffen, die nur für den Export produzieren (also eine totale Entkoppelung von Produktionsstandort und Markt — gerade das wäre dringendst zu unterbinden!). Obwohl gegenwärtig nach Schätzungen 50% des Weltsozialproduktes von TNK's erzeugt werden²¹, beschäftigen sie mit etwa 100.000 Tochterfirmen (von denen sich etwa ein Viertel in den Entwicklungsländern befindet) nur 50 Millionen Arbeitnehmer/innen (Kinderarbeit üblich!) — ein Bruchteil der weltweiten Gesamtzahl arbeitsfähiger Menschen.

Ein weiteres Problem für die Staatshaushalte ist, daß die Aktivitäten der TNK's sich mehr und mehr der Kontrolle der nationalen Regierungen entziehen und daß ihr Geschäftsgebaren von der Öffentlichkeit nicht mehr, bestenfalls in Ansätzen, kontrollierbar ist.

Walter Michler skizziert eine dieser „negativen Umgestaltungsmechanismen“. „Den Konzerninternen Handel kann die Muttergesellschaft (mehr als die Hälfte aller TNK's haben ihren Sitz in den USA) immer zu ihrem Vorteil gestalten. Sie kauft von der Tochtergesellschaft im Ausland (Entwicklungsland) unter Weltmarktpreis, verkauft der Tochter aber über Weltmarktpreis (z.B. Ersatzteile). Dadurch werden 'Gewinne' transferiert, die in keiner Bilanz auftauchen und die sich darüber hinaus der Versteuerung im Herkunftsland entziehen. So kam eine Untersuchung des US-Rechnungshofes von 519 amerikanischen TBK's zu dem Ergebnis, daß nur bei 3% (!) der Angaben der Unternehmen die Preise ihres Intra-Handels mit den jeweiligen Marktpreisen übereinstimmten.“²²

Michler weist auch auf einen besonders skandalösen Negativaspekt hin: „Die TNK's haben in den Entwicklungsländern zur Verbreitung und Steigerung der Korruption in z.T. astronomische Größen wesentlich beigetragen. Um ihre Ziele zu erreichen, waren und sind sie zur Zahlung von Schmiergeldern in Millionen-Dollar-Höhe bereit. Die Korruptionspraktiken westdeutscher Konzerne liegen völlig im Dunkeln, da in der Bundesrepublik — anders als in den USA — keine systematischen Untersuchungen durch das Parlament

oder die Regierungsbehörde stattfinden. Unerträglich ist, daß sogar die Finanzbehörden Schmiergelder in Höhe bis zu 20% des Auftragswertes als steuermindernde Kosten anerkennen.“ (Seite 415)

Chorherr sieht kein Problem darin, daß das einzige Ziel des Kapitalismus „Profit und Wachstum“ sei deshalb solle man ihn dabei gewähren lassen, wenn er nur durch die Politik „ökologisch gebändigt“ werde. Die Realität sieht so aus, daß die Transnationalen Konzerne meist sogar nach der Maxime agieren: „Je mehr Gewinn, desto besser“. Michler schreibt über die Lage der Dritten Welt, daß sich dieser Maxime die schwarzafrikanischen Wirtschaftswinzlinge beugen müssen, zum Beispiel durch Gewährung langfristiger Steuerbefreiungen oder großzügiger Regelungen des Gewinntransfers.

Die neuen Megageschäfte auf den Finanzmärkten bringen Profite jenseits von üblichen Vertragskategorien und Verfügungsrecht. Wie wohl eine „ökologische Bändigung“ solcher kapitalistischer Märkte aussehen würde? Da aber durch diese Finanz-Spekulationen keine direkten ökologischen Schäden entstehen (z.B. giftige Emissionen etc.), müßten laut CC's „grünem“ Wirtschaftssystem solche Profite innerhalb seines kapitalistischen Wirtschaftssystems okay sein. Demgegenüber hat aber noch im Jahre 1994 Madeleine Petrovic „gegen großangelegte Spekulationen Enteignungen“ gefordert.²³

Wie schrieb doch Chorherr oben? „Was uns ökologisch bedroht, sind nicht monetäre WERTE, sondern PHYSISCHE, STOFFLICHE Größen: Emissionen, Vergiftungen, Autos, Kernkraftwerke etc.“

Wahr ist, daß die aufgezählten destruktiven kapitalistischen Mechanismen allesamt noch gar nichts mit der Frage zu tun haben, ob „der Kapitalismus und seine Akteure“ nun „mit Interkontinentalraketen oder mit Windkraftwerken Profit“ macht (Chorherr). Eine „ökologisch sinnvolle“ Produktionsweise bessert das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht grundsätzlich auf, sondern: „Es ist die Größe, die uns umbringt.“ (Leopold Kohr)

So sieht die politische Realität aus: Der seit Jahren in den Vereinten Nationen diskutierte Verhaltenskodex für die TNK's konnte bisher nicht verabschiedet werden, weil sich die wichtigsten westlichen Industrieländer dem widersetzen.²⁴

Angesichts dessen einen „ökologisch gezügelten Kapitalismus“ (Christoph Chorherr), die „Globalisierung der Märkte zwecks Wohlfahrtsgewinns“ (Monika Langthaler), die „Öffnung und Liberali-

sierung der Märkte“ und ein „grünes GATT“²⁵ (Madeleine Petrovic) als Ziel grüner Wirtschaftspolitik zu definieren²⁶, muß als radikale Abkehr von bisherigen bzw. ursprünglichen grünen Grundsätzen erachtet werden. Im übrigen kommen derartige Forderungen um Jahre bzw. Jahrzehnte zu spät, denn:

Der weitaus größte Teil der Entwicklungsländer sowie Schwarzafrika haben sich vom Weltmarkt ohnehin nicht abgekoppelt, sondern sie versprechen sich von Anfang an von der Teilnahme am internationalen Handel den entscheidenden Wohlfahrtsgewinn für die eigene Entwicklung. Profitiert aber, im Sinne eines echten Wohlfahrtsgewinnes, haben nur die wirtschaftlich starken Partner (und nicht nur wegen einseitiger Marktöffnungen gegenüber den schwächeren, wie Petrovic zu meinen scheint), und dies sind in erster Linie die Industriestaaten und die Transnationalen Konzerne sowie mit Abstrichen — einige Schwellenländer. Ein Ende dieser ungleichen Entwicklung ist nicht abzusehen.

4. Chorherr sind keine Alternativen Wirtschaftsmodelle zum Kapitalismus bekannt

Es ist Christoph Chorherr weder bekannt, daß die Grünbewegung prinzipielle und fundamentale Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem angebracht hat, noch, daß es ernstzunehmende Alternativen dazu gibt. Denn er bekennt: „[...] Aber irgendwie haben wir uns nicht so recht getraut, eine prinzipielle und fundamentale Kritik anzubringen. Wir waren ungenau, um nicht zu sagen schlampig. Oder habe ich übersehen, daß wir uns vehement gegen den Kapitalismus ausgesprochen und ein anderes Wirtschaftssystem eingefordert haben?“

In der Tat, der Wiener Stadtrat muß dies übersehen haben. Alternativmodelle zum herrschenden Wirtschaftssystem sind absolut nichts Neues. Bekanntlich wurde die Alternativbewegung insbesondere von dem klassischen Werk des Leopold Kohr-Freundes und deutsch-englischen Ökonomen Ernst F. Schumacher, „Die Rückkehr zum menschlichen Maß — Alternativen für Wirtschaft und Technik“ (Rowohlt 1977²⁷) und Ernst Callenbachs Roman „Ökotoxia“ (Rotbuch 1978) beeinflusst. Schumachers Alternative wurde damals von den meisten grünen Kreisen übernommen, die einem Wirtschaftssystem und dem Begriff der Arbeit eine völlig neue Bedeutung zuweist: den Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten anzuwenden und zu entwickeln, sie zu befähigen, ihre Selbstzufriedenheit zu überwin-

den, indem sie sich mit anderen Menschen einer Aufgabe stellen und mit minimalen Mitteln in weitgehend autarken lokalen Gemeinschaften die nötigen Güter und Dienstleistungen hervorbringen, die für eine „angemessene Existenz“ erforderlich sind.

Neben Schumacher gibt es weitere berühmte alternative Wirtschaftswissenschaftler wie Henry George, Herman Daly, Hazel Henderson. Inzwischen hat Gerhard Niederegger, aufbauend auf Leopold Kohr und Ernst F. Schumacher, ein umfassendes Modell einer nachhaltigen Wirtschaft erarbeitet (1992, siehe *Literaturempfehlung*). In den Medien wurde Niedereggers Werk mit der Verlagsempfehlung versehen: „Dieses Jahrhundertwerk der Nationalökonomie bietet eine völlig veränderte Dogmengeschichte, eine systematische Analyse der modernen Wirtschaft, das Projekt einer völligen Neugestaltung des modernen Wirtschaftssystems.“²⁸

An diesem Lehrbuch alternativer Nationalökonomie sollte nicht vorübergegangen werden.

Es ist also nicht nötig, daß die Grünen heute „das Rad neu erfinden“, da von diesen Ökonomen bereits spezifische Modelle als Möglichkeiten aufgezeigt worden sind. Nicht zu vergessen ist Binswanger H.C. / Bonus H. / Timmermann M.: *Wirtschaft und Umwelt. Möglichkeiten einer ökologieverträglichen Wirtschaftspolitik*. Stuttgart 1981.

Wesentliche gemeinsame Merkmale alternativer Wirtschaft sind *dezentralisierte, ökologische, basisdemokratische* (Selbstverwaltungsmodelle), *sozial gerechte und gewaltfreie* Prinzipien. Letzteres bedeutet insbesondere ein wirtschaftliches System ohne Ausbeutung, in dem die riesigen, vom Staat oder von großen Unternehmen kontrollierten Fabriken durch kleinere Betriebe ersetzt werden, die im Besitz und/oder unter der Kontrolle der Belegschaft stehen.

Selbst in der „Staatslehre“ der Ur-Grünen haben die Gedanken Leopold Kohrs und Ernst E. Schumachers damals Eingang gefunden: Viele waren überzeugt, daß kleinere Bevölkerungseinheiten in jeder Beziehung eine friedlichere Welt garantieren würden, und schlugen vor, die Grenzen entsprechend kulturellen und ökologischen Zusammengehörigkeiten zu ziehen. Gert Bastian schrieb: „Die nationale Einheit der Deutschen brachte Unglück und war kein Erfolg, weder für die Deutschen selbst noch für Mitteleuropa oder die Welt im ganzen.“²⁹ Es ist deshalb besser, wenn die deutschsprachigen Menschen sich in verschiedenen kleineren Staaten organisieren.

*Ich glaube, daß das ein notwendiges Zugeständnis an die übrigen Länder in Europa und in der Welt ist.*³⁰

Ein weiteres unübersehbares Werk ist folgende Ausarbeitung einer Gruppe von Österreichern: „Zukunftsverträgliche Entwicklung. Für eine ökologische Wirtschaftspolitik in Österreich“, herausgegeben vom „Forum Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz“, UMWELTFORUM Nr. 5/Sept. 1994.

Auch in diesem Werk sind die gleichen grundlegenden Prinzipien verarbeitet: Selektive Wachstumsbegrenzung, Dezentralisierung („Zentralisierung ist der falsche Weg.“) und Regionalisierung der Wirtschaftssysteme. Im folgenden seien einige Kernsätze daraus zitiert, deren Beherzigung die neue Integrationsneurose der Bundesgrünen heilen könnte: „Kleinräumige Wirtschaft ist effizient.“ „Regional geschlossene Wirtschaftssysteme tragen zum Abbau von Zwangsmobilität bei und ermöglichen umweltverträgliche Verkehrssysteme.“ — Daraus ist der Vorgang klar: Zuerst selektive Dissoziation, dann erst kann die Wirtschaft nachhaltig gestaltet werden, und nicht umgekehrt!

„Der Schutz tragfähiger Entwicklungen vor globalem 'Öko-Dumping' ist dem Ziel des freien Welthandels generell überzuordnen. Eine sukzessive Verringerung des Welthandels soll als Langfristperspektive überholte Wachstumskonzepte ersetzen.“

„Die globalen Lösungen können nicht anders als aus lokalen und regionalen tragfähigen Entwicklungen erwachsen. Den lokalen und regionalen Lösungen kommt dabei die Rolle des Beispiels und eine wichtige Schrittmacherfunktion zu. (s. Kap. 3.5.3).“

„Die Grundhaltung, auf einen internationalen Gleichschritt in der tragfähigen Entwicklung zu warten, läuft Gefahr, zu einer gefährlichen Taktik des kleinsten gemeinsamen Nenners zu verkommen.“

Priorität und Verhältnis zwischen Regionalität und Globalität wird so charakterisiert: „Nachhaltiges Wirtschaften beginnt auf lokaler Ebene. Internationale Vereinbarungen sollen aber globale Katastrophen verhindern.“

Ein weiteres Exempel sozial-ökologischer Forschungsarbeit stellt die „Stiftung Ökologie und Landbau“ (SÖL)³¹ dar. Seit Jahrzehnten zeigt sie nicht nur Umweltprobleme auf, sondern erarbeitet konkrete ökologische Konzepte, sowohl für eine nachsorgende Umweltpolitik als auch für eine langfristig ausgerichtete Politik vorsorgen-

der Konzepte. Neben der Zeitschrift „Ökologische Konzepte“ gibt die SÖL die Buchreihe „Alternative Konzepte“ heraus („Die gelbe Reihe“³²), in der Themenkreise behandelt werden wie: Ökologie und Ökonomie, Technik, Politik, Recht, Landbau, Waldbau, Tierhaltung, Ernährung und Gesundheit, ganzheitliche Ingenieurausbildung, Autoverkehr.

Zuletzt sei in Hinblick auf den EU-Befürworter Christoph Chorherr, der angibt, eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu vertreten, der Wiener Physiker Prof. Hans Peter Aubauer zitiert. Am Ende eines Artikels aus dem Jahre 1990, in dem dieser die „Grundlagen einer Gleichgewichtswirtschaft“ untersucht hatte, wies er aufgrund der Ergebnisse seiner Untersuchung abschließend auf folgende Konsequenz hinsichtlich der damals noch bevorstehenden EG-Beitrittsentscheidung hin: „Mit den 'Römer Verträgen' der Europäischen Gemeinschaft sind praktisch alle der hier diskutierten Wege in eine Gleichgewichtswirtschaft unverträglich. Daher ist ein Beitritt Österreichs zu dieser Gemeinschaft ohne einen 'Umweltvorbehalt', der die völlige Souveränität, Autonomie und Freiheit Österreichs zu Entscheidungen sichert, die die eigenen Lebensgrundlagen (Umwelt) weitergehend schützen, als die entsprechenden EG-Vereinbarungen, ein 'Verbrechen' im Sinne der Abschnitte 2 und 3.“

Schließlich machte Aubauer in einer Schlußbemerkung auf die einander diametral entgegengesetzten Richtungen der von ihm „Gleichgewichtswirtschaft“ genannten, nachhaltigen (zukunftsverträglichen) Kreislaufwirtschaft einerseits und der Wirtschaftspolitik von Groß-Binnenmärkten wie der EG andererseits aufmerksam: „Die Wege in eine Gleichgewichtswirtschaft mögen radikal erscheinen, denn sie sind völlig anders gerichtet als die beobachtbaren wirtschaftlichen Trends. Wir haben die Wahl, uns zukunftsblind wie Tiere in die Selbstzerstörung treiben zu lassen, oder selbstbewußt wie Menschen die Gestaltung der eigenen Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen. Dies bedingt alles radikal zu hinterfragen, was in die Zerstörung treiben könnte — auch Tabus und Vorurteile.“³³

Aus der Perspektive des Rückblicks nach einem Jahr Vollmitgliedschaft muß Aubauers Prognose anhand des erlebten Umweltschutz-Abbaues (Tierschutz, Verbraucherschutz etc.) im weitesten Sinn vollauf bestätigt werden. Aus der Perspektive des Vorausblicks auf eine „immer engere“ Integration (laut Maastricht-Vertrag) in ein Mega-System mit derartig zukunfts-unverträglichen Mechanismen, wie es der EU-Rechtsbestand dar-

stellt, unter wissentlichem Inkaufnehmen der Jahr für Jahr zu erwartenden ruinösen Konsequenzen für Österreich (und den anderen Staaten), müßte die Option eines möglichst raschen *Dissoziationskurses* mit dem Ziel einer autozentrierten, gleichgewichtswirtschaftlichen Entwicklung — je früher, desto besser — zwecks Schadensbegrenzung eingeschlagen werden. Denn weitere Staatsverschuldungen, etwa durch Steuermindereinnahmen, sind vorgezeichnet. Die „Privatisierungen“ und Firmenübernahmen durch Konzerne erweisen sich als kurzsichtige Pyrrhus-Siege. Ein Kollaps ist nicht auszuschließen.

Auch die Verwirklichung der Prognosen aus dem zitierten Werk der BEIGEWUM-Memorandum-Gruppe von 1990 zeichnet sich ab: „*Den politischen Voraussetzungen weiterer Integrations-schritte ist bisher, in der Euphorie der Deregulierung, zuwenig Beachtung geschenkt worden. Das Binnenmarktprogramm ist einseitig angebotsseitig orientiert und vernachlässigt Nachfrage- und Verteilungsaspekte. Als Resultat des Integrationsprozesses ist ein Szenario denkbar, in welchem die europäischen Konzerne den Binnenmarkt nur zur Stärkung ihrer Position gegenüber den US- und japanischen Konzernen und den europäischen Mittel- und Kleinfirmen gebrauchen. Für Europa könnte das heißen: abnehmende Konkurrenz und steigende, unkontrollierte Marktmacht der Konzerne mit hohen Wohlfahrtsverlusten für die Konsumenten; Verluste von Arbeitsplätzen; die Schwächung der Arbeitnehmerinteressen (soziales Dumping) und verstärkte ökologische Ausbeutung.*“ (Seite 74)

Dies zu vermeiden und einen dezentralen Kurs zu steuern, entspräche prinzipientreuer grüner Politik. Andernfalls wird die bereits eingesetzte *negative Wachstumsspirale* nicht mehr aufzuhalten sein.

Es ist darüber hinaus unverständlich und unverantwortlich, daß grüne Politiker/innen angesichts dieser Tatbestände, Erfahrungen und Aussichten mit Vehemenz die Integration auch der noch viel schwächeren Reformstaaten des Ostens betreiben, statt sie vor den sozialen und ökologischen Konsequenzen zu warnen und Alternativen aufzuzeigen³⁴.

5. Chorherr beruft sich einseitig auf Welzsäcker/Lovins/Lovins

Seiner „Streitschrift“ stellt Christoph Chorherr ein Zitat aus dem neuerschienenen „*Faktor vier*“ voran, in dem vorgeschlagen wird, das der *Marktwirtschaft* (!) zugrundeliegende Profitmotiv für die Überwindung der ökologischen Krise einzu-

spannen.

Nun hieße es aber, die Autoren und die Autorin von „*Faktor vier*“ gründlich mißzuverstehen, wenn ihnen unterstellt würde, was Chorherr im folgenden von diesem Zitat ausgehend aufbaut. Die Autor/innen von „*Faktor vier*“ deklarieren sich insgesamt als grundlegende Gegner/innen der Freihandelsdoktrin, in der sie eine mindestens ebenso große *latente sicherheitspolitische Gefahr* sehen wie im *Kalten Krieg* (vgl. Seite 310). Sie weisen auf die wachsende Diskrepanz zwischen Wirtschaftswachstum und realem Wohlstand hin und zeigen anhand des ISEW³⁵, daß die *Lebensqualität* für die Mehrzahl der Menschen *sinkt*, wenn die Einkommensverteilung ungerechter wird — *auch wenn gleichzeitig die Wirtschaftsleistung zunimmt*. Die mögliche Begründung: „*Dies hat nun aber möglicherweise mehr mit der radikalen Öffnung der Weltmärkte als mit einer wie immer gearteten 'Spätphase' der Industrieentwicklung zu tun. Abbildung 60 (S. 311) zeigt uns etwas über die Auswirkung der Marktöffnung auf die Einkommensverteilung.*“

In keiner Weise bekennen sie sich zum „Kapitalismus“, sondern machen deutlich, daß es darum geht, „*von der Maximierung der Umsätze loszukommen*“ (Seite 303). Sie distanzieren sich von kämpferischem Wettbewerb (Kap. 13) und von der Wachstumsideologie: „*Solange unsere Zivilisation diesen Mechanismus der Unterdrückung immaterieller Befriedigung durch materielles Wachstum weder durchschaut noch überwindet, haben wir keine Chance, das Wettrennen zwischen Effizienzgewinnen und der Revolution der steigenden Erwartungen und der hemmungslosen Wachstumsspirale zu gewinnen.*“ (Kap. 14, Seite 327)

Sie verstehen „Wohlstand“ nicht nur als materielle Größe. Der von ihnen „*formeller Sektor*“ genannte materielle Bereich ist nur ein *Teil* des Wohlstandes. Das gesamte vierzehnte (und Schluß-) Kapitel widmen sie der Wichtigkeit der „*nicht-materiellen Aspekte des Wohlstandes*“ (dem „*informellen Sektor*“), „*die es wiederzuentdecken gilt*“. Sie warnen vor der Neigung, Wünsche stets umgehend zu kommerzialisieren.

„*Treffend hat Mary Clark (1989, S. 343) den Grundirrtum der modernen Ökonomie damit beschrieben, daß die Ökonomie zwar Äpfel mit Birnen oder mit Herzschrittmachern auf einen Nenner (nämlich auf den Dollar-Nenner) bringen könne, aber nicht mit Mutterliebe. Wenn wir uns auf die Suche nach einer Zivilisation und nach den Werten der nachhaltigen Entwicklung machen, dann müssen wir zuallererst dieses durch*

die Dominanz des ökonomischen Paradigmas verschüttete Wissen wiederentdecken.“ (Seite 326)

Bedauernd zeigen sie auf, daß in unserer heutigen, von der Ökonomie dominierten und von der Anthropologie eines Thomas Hobbes (Fortschrittsideologie!) beeinflussten Welt der Egoismus Konjunktur hat. Sie zeigen auf, daß eine von gegenseitiger Achtung geprägte Zusammenarbeit wesentlich motivierender und befriedigender ist, als Wettbewerb es sein kann.

Genau hier liegt auch der diametrale Gegensatz zu dem Kernsatz von Christoph Chorgherr, den dieser noch dazu in Fettdruck herausgehoben hat: CC verspricht, daß all diese von ihm bejahten nationalen wie internationalen kapitalistisch-wirtschaftspolitischen Instrumente „eben nicht Bescheidenheit, Verzicht, Abkehr von Kapitalismus und Wachstum“ bedeuten würden.

Welch destruktive Botschaft ist das in einer Zeit, in der Anteilnahme, Mitgefühl, Bereitschaft zum Teilen, zum Aufnehmen von Flüchtlingen und zum Lindern sozialer Not bitter nötig wären? Anscheinend ist es dem Herrn Stadtrat viel wichtiger, daß seine Luft zum Atmen emissionsfrei und sein Trinkwasser nicht kontaminiert ist (CC: „Was uns [...] bedroht, sind [...] **PHYSISCHE, STOFFLICHE Größen**: [...].“), als daß in der Gesellschaft wieder ein Geist echter Solidarität und praktischer Nachbarschaftshilfe einzieht — zum Beispiel, um die türkische Familie von nebenan zum Essen einzuladen, einmal auf Schlaf und Urlaub zu verzichten, um Lebensmittel- und Kleidertransporte in kroatische Eisenbahnwagen-Flüchtlingslager zu organisieren, sein Auto zur Verfügung zu stellen (Car-Sharing) oder eine verstoßene Frau in seiner/ihrer kleinen Familienwohnung aufzunehmen (damit sie nicht ins Frauenhaus muß). All das bedeutet Verzicht, Einschränkung, Bescheidenheit, Rücksichtnahme. Wie sieht es eigentlich mit dem praktischen sozialen Einsatz der Grünen aus, wenn sie zum „Nicht-Verzicht“ und zur „Nicht-Bescheidenheit“ aufrufen und auf kapitalistische (d.h. sozialdarwinistische) Methoden setzen? Ist es das, was wir brauchen? Wieviele Leute lassen sich kaltblütig scheiden, weil der/die Ehepartner/in unheilbar krank oder gar ein Pflegefall geworden ist! Wie kommt das?

Die Antwort ist: Nicht-verzichten-wollen! Das Leben egoistisch genießen wollen (und eines Tages selber an der Ich-Sucht zerbrechen)! Mit-Leidensbereitschaft verlernt haben! Selbstverwirklichung auf Kosten anderer! Persönlicher Profit auch im Privatleben! — Das ist der Geist des Kapitalismus, der alles nur am „Profit“ mißt; das

sind Auswirkungen, die mit Umweltverschmutzung relativ wenig zu tun haben (wohl aber mit „Inweltverschmutzung“). Das ist „die Menschheitsfalle des Egoismus“ (Hermann Scheer).

Wer Nicht-Verzicht, Nicht-Bescheidenheit und kapitalistischen Profit predigt, der braucht sich über soziale Anliegen nicht mehr zu verbreitern. Was Stadtrat Christoph Chorgherr auch nicht tut.

Alles in allem ist „*Faktor vier*“ — richtig verstanden — eine einzige Absage an alle üblen Merkmale, die ein kapitalistisches Wirtschaftssystem nur haben kann.

Diesen Egoismus, den Weizsäcker/Lovins/Lovins bedauern und dem sie seit seiner nun bald zweihundertjährigen, falschen ökonomischen Ausrichtung heute „Konjunktur“ bescheinigen müssen, den sie jedoch gleichzeitig als notwendigerweise zu überwinden vor Augen führen, gerade diesen Egoismus bejubelt Chorgherr und inthronisiert ihn zum angeblich idealen oder einzigen Mittel zur Ökologisierung der Gesellschaft.

Weizsäcker/Lovins/Lovins verwenden — wohl nicht zufällig — den von CC ins Spiel gebrachten Ausdruck „Kapitalismus“ nicht, sondern schreiben von „Marktwirtschaft“ (siehe oben). Es entspricht einem auffälligen Mangel der „Streitschrift“, daß deren Autor keine klare Begrifflichkeit kennt. Aus „Marktwirtschaft“ „Kapitalismus“ zu machen, hieße zu verkennen, daß es nicht nur die verschiedensten Ausprägungen des Kapitalismus, aber auch der Marktwirtschaft gibt. Daß sozial-ökologische, dezentrale, auf Autarkie und größtmögliche Selbstverwaltung ausgerichtete Marktwirtschaft kein „Kapitalismus“ ist, sollte nicht nötig sein, erwähnt zu werden.³⁷

Abschließende Bemerkung

Alles in allem ist dem Autor recht zu geben, wenn er scheinbar selbstkritisch eingesteht: „Wir waren ungenau, um nicht zu sagen schlampig“, was aber auf seine nunmehrige Neupositionierung bezogen werden sollte. Dann aber wäre diese Selbstkritik mit einem weiteren Chorgherr-Wort zu bekräftigen: „Genauigkeit ist erforderlich!“

Fritz Weber

³⁷ Dieser Artikel ist Teil einer Dokumentation von Fritz Weber: Globalisierung der Märkte — Rettung oder Abgrund? Die verdrängte Schlüsselfrage grüner Europapolitik. Kritik und Ausweg. Diese erscheint im Dezember 1995 im Verlag für Ethik + Gesellschaft (siehe Literaturempfehlung). Bestellbar beim Verfasser unter 0222/310 90 74.

² Chorgherr Christoph in: Akin. Aktuelle Informationen. Medienin-

haberin/Herausgeberin/Herstellerin: Bewegung für Sozialismus (f6), Nummer 30 des 22. Jahrgangs am 7. November 1995, Seite 11ff. „Offener Brief an Grüne: Ökologie und Wirtschaftswachstum. Plädoyer für eine Fundierung grüner Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Eine Streitschrift von Christoph Chorcherr.“

³ Hervorhebungen durch Fettdruck im Originaltext.

⁴ Die folgende Aufzählung erhebt nicht Anspruch auf Vollständigkeit. Im Detail wäre noch eine Reihe wichtiger Einwände hinzuzufügen.

⁵ SCHUMACHER E.F.: Gedanken zum Wirtschaftssystem von morgen. Vortrag 1974. Zitiert in: FORUM ÖSTERREICHISCHER WISSENSCHAFTLER FÜR UMWELTSCHUTZ: Zukunftsverträgliche Entwicklung. Für eine ökologische Wirtschaftspolitik in Österreich. UMWELTFORUM Nr. 5 / September 1994, Seite 3.

⁶ Zitiert in: SPRETNAK Charlene: Die Grünen. Nicht links, nicht rechts, sondern vorne. Deutsche Erstveröffentlichung: W. Goldmann, München 1985, Seite 140.

⁷ PETROVIC Madeleine: Das grüne Projekt. Themen der Zeit II. Verlag A. Holzhausens Nachfolger, Wien 1994, Seite 205.

⁸ Lebensqualität hat nicht so sehr (oder kaum) mit technisiertem Lebensstandard zu tun sondern viel mehr mit gleichmäßiger Einkommensverteilung und insbesondere mit dem „informellen Sektor“, mit „nicht-materiellem Wohlstand“, wie es Weizsäcker/Lovins/Lovins nennen (siehe Punkt 5).

⁹ In: HUGENROTH Reinhild (Hg.): Kein leichter Weg nach Europa. Maastricht — So nicht. Pahl-Rugenstein Nfg., Bonn 1993, Seite 90f.

¹⁰ SPRETNAK Charlene, siehe oben, Seite 69.

¹¹ Neues Testament: Lk 3,14; Mt 5,7; 6,24.

¹² In dem Artikel: Chancen des direktdemokratischen Kleinstaat. Zum linken EU-Optimismus, schrieb der Schweizer Politologe und EU-Gegner Paul Ruppen: „Bekanntlich führt der Markt nicht zu einer gerechten Einkommensverteilung.“ In: WIDERSPRUCH. Beiträge zur sozialistischen Politik, Heft 29, Juli 1995, Zürich, Seite 144.

¹³ SPRETNAK Charlene, siehe oben, Seite 80.

¹⁴ PETROVIC Madeleine, siehe oben, Seite 123.

¹⁵ IMPULS GRÜN, Nr. 7 und 8/90, Sondernummer 1990, Seite 4f.

¹⁶ Ungekürztes Zitat siehe oben.

¹⁷ Auch in der grün-alternativen Bundespolitik werden Ziele offenbar von unmittelbaren Erfolgs- oder Mißerfolgsaussichten und vom voraussehbaren Image beeinflusst. Die Kehrtwendung der Bundesgrünen in der Europapolitik nach dem EU-Referendum wird u.a. so begründet: „Die politische Option einer Veränderung von außen — so sehr sie die GRÜNEN mehrheitlich für die politisch stärkere Option hielten —, hat damit aufgehört zu existieren. Ein Bestehen darauf gegen die eindeutige Entscheidung der Volksabstimmung und damit ohne jede Aussicht auf Verwirklichung, hätte uns zu politischen Sektierern gemacht, die nicht willens oder nicht fähig sind, geänderte politische Realitäten und Aufgabenstellungen

zur Kenntnis zu nehmen.“ PETROVIC Madeleine in: Für ein 'Europa der besten Lösungen' Positionspapier zur Maastricht-Revisionskonferenz 1996, Bundeskongreß der Grünen Alternativen, Juni 1995, Seite 12f.

¹⁸ Hervorhebungen im Originaltext.

¹⁹ Bisweilen produzieren TNK's sogar ein 'perverse Wachstum': In Schwarzafrika führten ihr Engagement sowie die Direktinvestitionen der Privatwirtschaft zu keinem meßbaren industriellen Fortschritt, die getätigten Investitionen und die dafür verbrauchten Ressourcen ergaben keine Verbesserung des Lebensstandards der Masse der Bevölkerung (vgl. MICHLER Walter, siehe Literaturempfehlung, Seite 417). Frage an den Befürworter des Öko-Kapitalismus: Wo bleiben hier die monetären Mittel für Umweltschutz und Sozialleistungen? Mitunter kaufen Multis gegnerische Firmen auf und lassen sie ohne Profit laufen, um ihre eigenen (Tochter-) Firmen ungestört ohne Konkurrenz agieren zu lassen. Auch das ist Kapitalismus!

²⁰ Nicht bloß eines Etiketts wie im Wirtschaftsprogramm der ÖVP.

²¹ IMFELD Al: Zucker, Zürich 1986. Zitiert bei MICHLER Walter, Weißbuch Afrika, Seite 411, 415, siehe Literaturempfehlung.

²² MICHLER Walter, Weißbuch Afrika, Seite 412, siehe Literaturempfehlung.

²³ PETROVIC Madeleine: Das grüne Projekt. Siehe oben, Seite 119-120.

²⁴ Quellenangaben bei MICHLER Walter, siehe oben, Seite 412 bzw. 558.

²⁵ WEIZÄCKER Ernst U. VON / LOVINS Amory B. und LOVINS L. Hunter in ihrem neuesten Werk Faktor vier (1995) fragen zwar in einer Überschrift nach der Reformierbarkeit und öko-freundlichen Interpretierbarkeit des GATT (neuerdings: WTO), scheinen aber mit folgendem Schlußsatz ernüchert abzuwinken: „Im Konfliktfall sind die GATT-Entscheidungen aber in aller Regel gegen nationale Maßnahmen und für den Freihandel getroffen worden, mit der Begründung, es handle sich um diskriminierende Maßnahmen.“ (Seite 316)

²⁶ Eher könnte ein Schwanz mit dem Hund wedeln, als daß Politiker/innen die EU sozial-ökologisch „von innen reformieren“ würden (wie sich Petrovic, Voggenhuber u.a. fest vorgenommen haben). Deshalb sind die diesbezüglichen wohlmeinenden politischen Absichtserklärungen in den Positionspapieren der Bundesgrünen (siehe unten) blankes Wunschdenken und das Papier nicht wert. Eine EU, in der nicht Politiker sondern einflußreichste Kreise aus den mächtigsten europäischen TNK's, einschließlich der Schweiz, nämlich der Round Table of European Industrialists, in den achtziger Jahren das Deregulierungskonzept des Groß-Binnenmarktprojekts entworfen und im wesentlichen unverändert durchgesetzt haben, läßt sich nicht von einigen querdenkenden Grünpolitiker/innen den mehr oder weniger ungehemmten Freihandel vermasseln. — Eine viel glaubwürdigere und realistischere Grünpolitik für einen Kleinstaat Österreich wäre es, als Vorreiter einen klaren Dissoziationskurs zu steuern und zu wahrhaft grünen (d.h. sozialen und umweltfreundlichen) Prinzipien wie Dezentralisierung und Autarkie zurückzukehren.

²⁷ Titel der englischen Originalausgabe: *Small is Beautiful. A Stud of Economics as if People Mattered*. London 1973. Dieses Buch hat Schumacher weitberühmt gemacht. Es erreichte eine Auflage von vier Millionen und wurde in 22 Sprachen übersetzt. Inzwischen ist Schumachers Werk im C.F. Müller Verlag neu aufgelegt worden und derzeit lieferbar (siehe *Literaturempfehlung*).

²⁸ Vgl. DER SPIEGEL Nr. 7/1994.

²⁹ Zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung schrieben Jörg GOLDBERG und Jörg HUFFSCHMID über den geplanten Binnenmarkt 1992: „Der neue politische und ökonomische Aufschwung der EG paßt genau in die kapitalistische Umbaustrategie. Das Kernstück der aktuellen EG-Politik, das Projekt 'Vollendung des Binnenmarktes 1992', ist nämlich im wesentlichen nichts anderes als die Übertragung der neuen Marktradikalität auf die europäische Ebene, die Europäisierung der Deregulierung als erste Säule für die Neuformierung des Kapitalismus in Westeuropa. [...] Der Umbau des westeuropäischen Kapitalismus im Rahmen und unter dem Dach des Binnenmarktprojektes festigt gleichzeitig die relative wirtschaftliche und politische Vormachtposition der BRD in der EG.“ Aus: BEIGEWUM/Memorandum-Gruppe (Hg.): *Steuerungsprobleme der Wirtschaftspolitik. Auf dem Weg in einer andere Moderne*. Wien/Bremen 1990, Seite 66, 68.

³⁰ Zitiert in: SPRETNAK Charlene, siehe oben, Seite 111.

³¹ Die Stiftung Ökologie und Landbau (vormals Georg Michael Pfaff Gedächtnisstiftung) wurde vor über 30 Jahren von Karl Werner Kieffer begründet.

³² Buchliste (Auswahl) siehe *Literaturempfehlung*.

³³ Aus: BEIGEWUM/Memorandum-Gruppe (Hg.): *Steuerungsprobleme der Wirtschaftspolitik*, siehe oben, Seite 295f.

³⁴ In „Faktor vier“ (siehe unten) führen Weizsäcker/Lovins/Lovins das Sinken der Lebensqualität auf die „radikale Öffnung der Weltmärkte“ zurück. Johannes Voggenhuber hingegen fordert: „Die Grünen treten für eine gesamteuropäische Integration ein, für die Gleichberechtigung aller Mitglieder, für die schnellstmögliche Aufnahme der beitragswilligen Reformstaaten und die Öffnung der Märkte für ihre Produkte.“ (In: VOGGENHUBER Johannes: *Europa verwandeln. Europapolitisches Manifest der Grünen*, Kapitel: „Von Kerneuropa zum gesamteuropäischen Bündnis“). Positionspapier Bundeskongreß der Grünen, Juni 1995, Seite 11; vgl. ähnlich bei: PETROVIC Madeleine in: *Für ein 'Europa der besten Lösungen'* Siehe oben.

³⁵ *Index of Sustainable Economic Welfare* — ein besserer Maßstab für das wirkliche Wohlergehen als das Bruttosozialprodukt.

³⁶ WEIZÄCKER Ernst U. VON / LOVINS Amory B. und LOVINS L. Hunter: *Faktor vier*, siehe oben, Seite 303.

³⁷ Der Politologieprofessor Alfred Klose schließt die Behandlung des Stichworts „Kapitalismus“ folgendermaßen ab: „Im Übergang von der kapitalistischen Ordnung zu einem funktionierenden marktwirtschaftlichen System mit dezentralen Steuerungssystemen sehen vielfach demokratische Kräfte ein Hauptziel einer zukunftsweisenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Sozialismus und christliche Soziallehren haben in der Kapitalismuskritik eine zentrale Auf-

gabe.“ KLOSE Alfred: *Kleines Lexikon der Politik*. Herold, Wien 1983, Seite 66.

Literaturempfehlung

BOHLEY Peter: *Europäische Einheit, föderatives Prinzip und Währungsunion: Wurde in Maastricht der richtige Weg beschritten? Mit einem Anhang zur Rechtslage: EU-Recht und Österreichische Bundesverfassung (Auszüge)*. Verlag für Ethik + Gesellschaft, Wien 1994.

FONTANA Josep: *Europa im Spiegel. Eine kritische Revision der europäischen Geschichte*. Verlag C.H. Beck, München 1995, siehe insbesondere das Kapitel: „Der Spiegel des Fortschritts“.

KOHR Leopold: *Small is beautiful. Ausgewählte Schriften aus dem Gesamtwerk*. Verlag F. Deuticke, Wien 1995.

LACHMANN Werner (Hg.): *Umwelt — Wirtschaft — Ethik. Die ökologische Herausforderung aus ökologischer, wirtschaftlicher und ethischer Sicht*. Brendow 1993.

LEHNER Gerald: *Die Biographie des Philosophen und Ökonomen Leopold Kohr, Träger des Alternativen Nobelpreises*. Verlag F. Deuticke, Wien 1994.

MICHLER Walter: *Weißbuch Afrika*. Zweite, völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. Verlag J.H.W. Dietz Nflg., Bonn 1991.

Niederogger Gerhard: *Ideen zu einer neuen Wirtschaft und Kultur*. Verlag G. Meßner, Innsbruck 1992.

NUSCHELER Franz: *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. Das führende entwicklungspolitische Lehrbuch im deutschsprachigen Raum wurde für die Neuauflage gänzlich überarbeitet und um neue Themenbereiche erweitert. Vierte, völlig neu bearbeitete Auflage. Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn 1995.

SCHNEIDER Bertrand: *Krieg den Häuten. Der Nord-Süd-Skandal: Wie die Industrienationen die armen Länder ausbeuten. Ein Bericht an den CLUB OF ROME*. Verlag C. Bertelsmann, München 1995.

ÜBERPARTEILICHE PLATTFORM „SICHERHEIT DURCH NEUTRALITÄT“ (Hg.): *Warum Sicherheit durch Neutralität?* Verlag für Ethik + Gesellschaft, Wien Dezember 1995, in Vorbereitung.

WEBER Fritz: *Globalisierung der Märkte — Rettung oder Abgrund? Die verdrängte Schlüsselfrage grüner Europapolitik. Kritik und Ausweg*. Verlag für Ethik + Gesellschaft, Wien Dezember 1995, in Vorbereitung.

WEIZÄCKER Ernst Ulrich von: *Erdpolitik. Ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt*. 4., aktualisierte Auflage. Wissenschaftl. Buchgesellschaft, Darmstadt 1994.

WEIZÄCKER Ernst Ulrich von / LOVINS Amory B. / LOVINS L. Hunter: *Faktor vier. Doppelter Wohlstand — halbiertes Naturverbrauch. Der neue Bericht an den CLUB OF ROME*. Verlag Droemer Knaur, München 1995.

Grüne/Diskussion:

Wende oder Ende?

Die Entpolitisierung
parlamentarischer Grünpolitik

Als Johannes Voggenhuber noch als praktizierender EU-Integrationsgegner in der Öffentlichkeit aufgetreten war (es ist schon wieder andert-halb Jahre her), meinte er einmal in Hinblick auf die Integrationsbefürworterin Monika Langthaler, daß „ihr Heldentum darin bestehe, sich der Meinung der politischen Klasse anzuschließen“¹. Über ihre Prinzipientreue hatte er folgendes zu berichten:

„Vor einem Jahr sagte sie mir: 'Wenn die Neutralität beschädigt wird, bin ich die erste, die 'Nein zur EU' sagt.' Nun, die Neutralität ist nach allgemeiner Auffassung nicht nur beschädigt, sondern völlig in Frage gestellt worden.

*Langthalers Reaktion steht aus.*²

Und im Nachsatz:

„Ich darf also vorsichtig anmerken, daß durch solche PolitikerInnen das Grüne Projekt enorm entpolitisiert wird.“

Inzwischen ist auch die grün-alternative Welt nicht stehengeblieben, genauer gesagt, es scheint sich vieles auf den Kopf gestellt zu haben: Am Tag nach dem EU-Referendum hat die grün-alternative Parteispitze überraschend einen globalen Integrationskurs vorgegeben, den die Basis ab sofort mitzutragen habe. Mit ihrer Zustimmung zur Ratifizierung des EU-Vertrags sind daher die Parlamentsgrünen nicht nur mitverantwortlich für die Erosion der österreichischen Verbraucher- und Tierschutznormen und der schrittweisen Aushebelung der Lebensmittelgesetze, sondern haben auch den Bruch der *immerwährenden* Neutralität mitvollzogen, wie Madeleine Petrovic gegenüber dem Verfasser persönlich bestätigt hat. Konsequenterweise reden die Grünen seither nur noch von der Erhaltung der „Neutralität“, was einer einfachen Stützpunkt- und Bündnisfreiheit gleichkommt, aber weder der Verfassung noch den völkerrechtlichen Verpflichtungen Österreichs entspricht.

Auch das Prinzip der *Basisdemokratie* wird

scheibchenweise demontiert. Im September 1995 meldeten die Medien einen „stillen Machtwechsel bei den Grünen“: „Im Gegensatz zu den Anfangsjahren hat die grüne Parteizentrale statt des Klubs das Kommando übernommen. [...] Die eigentliche Wende kam 1992, als mit einem grünen Tabu aufgeräumt wurde. Vor allem aufgrund des Einsatzes des Wiener Klubobmannes Peter Pilz fiel das Dogma, daß grüne Abgeordnete nicht gleichzeitig eine Funktion in der Bundespartei übernehmen dürfen.“³

Die ehemals dezentralen Prinzipien grüner Wirtschaftspolitik sind am Abbröckeln: Im November 1995 meinte Monika Langthaler in aller Öffentlichkeit, „eine Lanze für die Globalisierung der Märkte brechen“ zu müssen, und titulierte in einer Diskussion die vom Verfasser vertretene EU-Austrittoption als „linke Illusion“. Vehement forderte sie unter Berufung auf Johannes Vögenhuber eine europäische Währungsunion, wenngleich sie eine Terminverschiebung auf 2005 befürwortet. Auch der Sozialsprecher Karl Öllinger hält die Einführung einer EU-weiten Einheitswährung für unumgänglich. Madeleine Petrovic spricht sich in ihrem Buch „Das grüne Projekt“ für die „Öffnung der Märkte“ aus. Sie erwähnt aber nicht, daß davon fast ausschließlich die Transnationalen Konzerne („Multis“) profitieren, während die Staatshaushalte insbesondere der kleineren und wirtschaftlich schwächeren Staaten unweigerlich die Verlierer sind, ganz zu schweigen von den Kleinbetrieben und der bäuerlichen Landwirtschaft.

Der Verfasser bekennt sich zu einem dritten Weg der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik jenseits von Freihandelsdoktrin und zentraler Planwirtschaft, und zwar zu einem systematischen und konsequenten sozial-ökologischen Umbau mit dezentralen Strukturen und autonomen Produktionsweisen unter vorrangiger Förderung angepaßter mittlerer Technologien. Indem jahrzehntelang die technisch-organisatorische Integration ins Extrem und in die Sackgasse getrieben wurde, entkommen die integrierten Produktionswerkzeuge nicht mehr den verschiedensten Auswirkungen, die ihren Grund in Rohstoffbörsen-Kursschwankungen, Streiks, Dollar- oder Yenschwankungen, Zahlungsbilanzdefiziten u.v.a.m. haben können. Der Baseler Wirtschaftsforscher Willy Bierter bringt dieses Problem des technologischen Ungleichgewichts zwischen integrierten und autonomen Produktionswerkzeugen, das auch ein Ungleichgewicht in den gegenseitigen Abhängigkeiten der handelnden Menschen bewirkt, folgendermaßen auf den Punkt: „Das Industriezeitalter steht bislang einzig da mit seinem grenzenlosen Anspruch, Ehrgeiz, ja Anmaßung, ausschließlich mit integrierten Produktionswerkzeugen auf dem ganzen Globus zu

produzieren, ohne Unterschiede: Schuhe, Lokomotiven und Theater; Särge, Raketen und Joghurt; Hosennöpfe, Autobahnen und Parfüms; Autos, Babynahrung und Röcke; Bildung, Wohnungen und Gesundheit etc. Durch dieses radikale Monopol der integrierten Produktionswerkzeuge haben wir ein fatales Ungleichgewicht in der Grundstruktur unserer sozialen Produktionsausrüstung geschaffen.“⁴

Es sei hier ausdrücklich festgehalten, daß diese Sicht zwar noch in der Gründerphase der Grünparteien vorhanden war (jedenfalls in Deutschland), daß aber heute die grün-alternative Parlamentsfraktion (weitere auch der Wiener Stadtrat Mag. Christoph Chorherr⁵) inzwischen auf die aus sozial-ökologischer Sicht überholten, gescheiterten Wirtschaftsprinzipien des „kapitalistischen Wirtschaftswachstums“ (Christoph Chorherr in Akin 30/1995) und der „Erschließung“ neuer Märkte (Alexander van der Bellen) und damit der „Liberalisierung der Weltmärkte“ (Madeleine Petrovic) setzt. Die Propagierung einer ökologischen Steuerreform durch die Bundes-Grünen (diese wird längst auch anderswo gefordert) darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie keine echte nachhaltige Gleichgewichtskreislaufwirtschaft vertreten, sondern auf kapitalistisch-integrationistische Wirtschaftsstrategien setzen. Wie anders wäre es auch sonst zu verstehen, daß Alexander van der Bellen und Madeleine Petrovic meinen, daß „Österreichs Zukunft“ in „Hochtechnologie und Veredelung“ liege und im Umstieg auf neue „Umwelttechnologien“ (van der Bellen: „ein riesiger Wachstumsmarkt“)?⁶ Statt endlich wegzusehen von dieser Fata Morgana und die von der Presse bereitgestellten Mikrophone dazu zu verwenden, der Öffentlichkeit die Wahrheit über den Irrwitz integrationistischer Wirtschaftspolitik zu sagen, welche riskant und kostspielig ist und die Auslandsabhängigkeit ins Uferlose steigert, jagen sie uns kurzsichtigerweise noch mehr in den Abgrund der Hyperindustrialisierung und stilisieren „High-Tech“ und „neue Technologien“ zum Zaubermittel der Budgetsanierung hoch.⁷

Dazu brauchen wir aber keine Grünen im Parlament, diese Arbeit haben andere gründlicher gemacht (schon in den achtziger Jahren) und sind von der Realität grausam widerlegt worden.

In einem Vortrag an der Wiener Technischen Universität meinte der erst voriges Jahr verstorbene, weltbekannte Ökonomieprofessor Leopold Kohr, Träger des Alternativen Nobelpreises, zum Thema „Angepaßte Technologie und das Problem der Größe“:

„Das dritte Opfer [der Größe; Anm.] ist unsere materielle Lebensqualität. Anstatt nämlich unseren Lebensstandard zu erhöhen, drückt ihn die hocheffiziente, vollautomatisierte Technologie

*nur nach unten, oft versteckt unter dem Mantel eines scheinbaren Überflusses.*⁸

Fortschritt ist also nicht das, was uns bisher vorgegaukelt wurde - einschließlich von der Sozialdemokratie und von Bruno Kreisky. Zwar ist „die“ Geschichte noch nicht am Ende, wohl aber das zweihundertjährige Evolutionsmärchen vom *falschen Fortschrittsglauben*, obwohl ihm (gerade jetzt!) offenbar auch die Grünen zum Opfer gefallen sind. Wahrer Fortschritt ist aber eine kulturelle Leistung, die ohne Schädigung der natürlichen Umwelt eine sozial relevante Entwicklung fördert. Alles andere ist Rückschritt, also Entpolitisierung!

In *welche* der beiden Richtungen sich die derzeitige „Grün-Politik“ bewegt, mag anhand dessen jede/r selber beurteilen. Tatsache ist, daß die Grünen mit ihren anti-grünen Paradigmen der Wählerschaft mit einem „Ökosteuere“-etikettierten Kapitalismus Sand in die Augen streuen und offenbar versuchen, gleich die ganze österreichische Umweltschutzbewegung zur Schubumkehr zu bewegen. Daß man daraufhin ins Bodenlose fallen kann, soll Warnung genug davor sein, mit der Verführung des wirtschaftlichen und politischen Integrationismus zu liebäugeln.

Johannes Voggenhubers Warnung im April 1994 vor eben dieser Verführung (die seines damaligen Erachtens zur *Entpolitisierung grüner Politik* führen würde, siehe oben), wurde von ihm im oben genannten Interview auf folgende Weise erläutert:

„Wir sollten uns entscheiden, ob wir in die Politik gegangen sind, weil wir unsere Überzeugungen durchsetzen wollen oder ob wir uns als Auftragspartei verstehen, die sich je nach politischer Stimmung ihre Ziele vorschreiben läßt. Die EU-Position, die schon 1989 bei den Grünen getroffen wurde, wird von vielen Funktionären nicht offensiv vertreten, sondern sehr offen, taktisch und pragmatisch gehandhabt. Wodurch ein Glaubwürdigkeitsverlust eingetreten ist.“

Da geklärt ist, wem die Globalisierung der Märkte dient (nämlich den Großkonzernen und dem libertär-kapitalistischen Wirtschaftssystem, siehe Akin Nr. 33/1995, Seite 7-19), darf nun unter Beibehaltung der Wortwahl Voggenhubers rückgefragt werden, ob sich inzwischen die *Überzeugung* der grün-alternativen Parteispitze geändert hat, *oder ob sie zur „Auftragspartei“ geworden ist*. Johannes Voggenhuber nannte in seinem Interview im April 1994 im Blick auf Monika Langthaler einen weiteren (negativen) Grund, der dafür sprechen würde, auf seiten der Integrationisten zu stehen:

*„Es lockt die Versuchung, daß jeder, der für die EU ist, sämtliche Mikrofone des Landes Tag und Nacht zur Verfügung hat.“*⁹

Fest steht damit auch, daß gemäß Voggenhubers eigener Beurteilungskriterien in Hinblick auf die Wende der Grün-Politik, die er und die übrigen der Parteispitze in den letzten anderthalb Jahren erzwungen haben, *„durch solche PolitikerInnen das Grüne Projekt enorm entpolitisiert wird“* und *„ein Glaubwürdigkeitsverlust eingetreten ist“* (Zitate siehe oben).

Einer der interessantesten und intelligentesten grünen Vordenker Deutschlands, Rudolf Bahro, hatte seinerzeit vorausgesehen: *„Es gibt die Gefahr, daß wir einfach eine weitere Institution werden.“*¹⁰ Und die deutsche Paradegrüne Petra Kelly, geprägt von dem Bürgerrechtskämpfer Martin Luther King und dessen unbestechlich-unbeirrbares, gewaltlosen Einsatz, hatte 1984 vor einer zu großen Kompromißbereitschaft der Partei schon in einem frühen Stadium ihres Erfolgs auf Bundesebene gewarnt: *„Die Grünen befinden sich jetzt an einem sehr kritischen Punkt. [...] Wenn die Grünen zu moderaten ökologischen Sozialdemokraten werden, dann ist das Experiment gescheitert es wäre umsonst gewesen.“*¹¹

Wie recht sie hatte! Angesichts der aufgezählten Neupositionierungen der grün-alternativen Parteizentrale stellt sich die Frage, ob nicht dieser kritische Punkt inzwischen längst überschritten ist. Daher der dringende Herbst-Appell an die Partei, die sich „grün“ nennt:

„Jetzt Farbe bekennen!“

Fritz Weber

¹Impuls 3, das Grüne Monatsmagazin, April 1994: Aktuelles Interview: Die Mikrofone des Landes, Seite 5.

²Impuls, wie oben.

³Die Prose 29, September 1995, Seite 3.

⁴Bierter Willy: Mehr autonome Produktion weniger globale Werkbänke. Mit einem Blick in die Zukunft: Bericht von der „Alternativen Weltwirtschaftskonferenz“ im Jahre 2003. Verlag C.F. Müller, Karlsruhe, Seite 140.

⁵Christoph Chorherr hält am Wiener Biozentrum das Blockseminar „Umweltökologie I“

⁶Impuls. Das grüne Monatsmagazin Nr. 4/95.

⁷Näheres darüber vgl. Weber Fritz: Globalisierung der Märkte Rettung oder Abgrund? Die verdrängte Schlüsselfrage grüner Europapolitik. Kritik und Ausweg. Eine Dokumentation. Erscheint im Dezember 1995 und ist bestellbar beim Verfasser unter 0222 310 90 74.

⁸Kohr Leopold in: Witzany Günther (Hg.): Verraten und verkauft. Das EG-Lesebuch. Unipress Verlag Salzburg 1993, Seite 96, 98.

⁹Impuls, wie oben.

¹⁰Spretnak Charlene: Die Grünen. Nicht links, nicht rechts, sondern vorne. Deutsche Erstveröffentlichung: W. Goldmann, München 1985, Seite 222.

¹¹Spretnak Charlene, wie oben.